... was machen eigentlich die WILPF-Frauen

Autor(en): **Burger, Léa**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **111 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-731284

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Léa Burger

... was machen eigentlich die WILPF-Frauen?

«Schweizer Unternehmen haben 2016 gestützt auf Bewilligungen des SECO für 411,9 Millionen Franken Kriegsmaterial in 70 Länder exportiert (2015: 446,6 Millionen). Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 8 Prozent und einem Anteil von 0,14 Prozent an der gesamten Warenausfuhr der Schweizer Wirtschaft.»So lautet der Beginn einer Medienmitteilung vom SECO, die Anfang Februar 2017 veröffentlicht wurde. Die Schlagzeilen in den Tageszeitungen lauteten sodann flächendeckend gleich: Die Kriegsmateriallieferungen gehen zurück. Hurra!

Toll, dass es weniger geworden ist, ja. Aber: Wenn der Export von «klassischem» Kriegsmaterial wie Munition, Gewehre, Panzer, Radaranlagen oder Flugabwehrkanonen nur 0,14 Prozent der gesamten Warenausfuhr der Schweizer Wirtschaft betrifft, könnte darauf doch eigentlich gänzlich verzichtet werden, oder!?

Ein solches Unterfangen wurde schon mehrfach in Angriff genommen: Auch ich sammelte damals für die eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» Unterschriften. Die Initiative forderte zwei neue Verfassungsartikel, die ein allgemeines Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial sowie die Verpflichtung des Bundes zur Förderung internationaler Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle festschreiben wollten. Die Initiative wurde am 29. November 2009 von 68,2 Prozent des Schweizer Stimmvolkes und allen Ständen abgelehnt. Bereits 1997 war die Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» mit 77,5 Prozent Nein-Stimmen verworfen worden. Und 1972 hatte die Initiative «Für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen nur knapp einen Sensationserfolg verpasst. Das aber waren nicht die frühesten Aktivitäten gegen den Krieg.

Bereits während beziehungsweise nach dem Ersten Weltkrieg war das Engagement gegen Kriegsmaterialexport gross. Frauen wie Clara Ragaz, von 1915 bis 1946 Präsidentin der Schweizer Sektion der *Women's International League for Peace and Freedom* (WILPF), setzten sich als überzeugte Pazifistinnen für die Abrüstung ein. In den Akten der WILPF-Schweiz ist ein Schreiben vom 5. März 1933 zu finden, in dem ein Vorschlag gegen die private Rüstungsindustrie vorgestellt wird: «Jede Ausfuhr von im Inland hergestellten Waffen, Munition (...) und Kriegsmaterial aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ist verboten. Verboten ist ferner deren Durchfuhr durch das Gebiet der Eidgenossenschaft, wenn sich das Bestimmungsland im Kriegszustand befindet oder wenn bei einem solchen Transport zwar als Bestimmungsland ein nicht im Kriegszustande befindliches Land angegeben wird, sich aber aus den Umständen ergibt, dass ein solcher Transport nur zur Verwendung in einem kriegsführenden Staat bestimmt sein kann.» Und weiter: «Ein Bundesgesetz wird bestimmen, welche Fertigfabrikate, Halbfabrikate und Rohstoffe unter den Begriff Waffe, Munition, Kriegsgase und Kriegsmaterial fallen und eine wirksame Kontrolle des

Verbotes anordnen.» (vgl. Sozialarchiv, Ar. 45.20.1)

Dem Bericht zur Generalversammlung der WILPF Schweiz vom 14./15. Oktober 1933 in Aarau ist dann leider aber zu entnehmen: «Manche Pläne mussten der ungünstigen politischen Lage wegen aufgeschoben werden. Auch das Ergreifen der Initiative für ein Verbot der Ausfuhr von jeglichem Kriegsmaterial scheiterte teilweise aus diesem Grund, Schuld daran trug allerdings auch die ablehnende Haltung der Völkerbundsvereinigung.» Schon damals also stiessen Vorhaben zur Eindämmung von Kriegsmaterialexporten auf Widerstand. Und dies, obwohl die WILPF in den Jahren 1932/33 ihren wohl grössten Erfolg feiern konnte: Bei der Unterschriftensammlung für eine allgemeine und totale Abrüstung konnten dem Völkerbundsrat zwölf Millionen Unterschriften (sic!) überreicht werden – die Hälfte der Unterschriften hatte die WILPF weltweit gesammelt! Die Schweizer Sektion um Clara Ragaz hatte mit 311 000 Unterschriften prozentual am meisten Unterstützung und dies, obwohl die Petition hierzulande von Presse, Kirchen und Parteien fast ausnahmslos übergangen oder gar bekämpft worden war: «Von links als ‹Machwerk bürgerlicher Tanten›, von rechts als ‹bolschewistisch, familienzerstörend und staatszersetzend›», schreibt die WILPF Schweiz auf ihrer Webseite.

Bald schon gibt es eine weitere Unterschriftensammlung im Zusammenhang mit Kriegsmaterial: Mitte April lanciert die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) zusammen mit den Jungen Grünen die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften». Sie sieht vor, Investitionen von Schweizer Institutionen in Rüstungskonzerne generell zu unterbinden. Von Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen, verlangt sie ein zumindest partielles Finanzierungsverbot. Davon wären auch Banken und vor allem Pensionskassen betroffen. Diese stellen Rüstungskonzernen in Form von Aktienkapital oder Obligationen Fremdkapital zur Verfügung und machen sich damit zu Komplizen von Kriegsmaterialprofiteuren.

Clara Ragaz würde sich über das Engagement der GSoA und der Jungen Grünen sicher freuen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die *Neuen Wege* dem Bündnis angehören und damit an einem von ihr stark geprägten Traditionsstrang anknüpfen. Und was machen eigentlich die Frauen der WILPF? Das will ich am 27. April an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich in Erfahrung bringen. Im Anschluss an die Jahresversammlung der WILPF Schweiz wird die Historikerin Elisabeth Joris einen Input zur Frauenfriedensbewegung geben und mit mir und anderen jungen Frauen ins Gespräch kommen. ●

www.wilpfschweiz.ch